

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Er erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 1/2 Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postkassett. Alfred Nibel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Reaktionsfrist Freitag

Die Stellung der deutschen Gewerkschaften zur Reparationsfrage

Von Theodor Seipart

Der Streit um die Reparationen ist wieder akut geworden. Durch das Hoover-Festjahr war insofern ein Waffenstillstand eingetreten, als Deutschland für ein Jahr nur die ungeschützten Zahlungen in Reichsmark zu leisten hat (die es zudem in Anleiheform zurückbehalten darf), während der „Transfer“, also die Überweisung in ausländischen Zahlungsmitteln, infolge seiner Armut an Gold und Devisen völlig ruht. Nun wird zwar allgemein anerkannt, daß Deutschland zur Zeit zahlungsunfähig ist. Aber man wirft ihm vielfach vor, daß es an dieser Zahlungsunfähigkeit selbst schuldig sei, weil es in übermäßigem Umfang Auslandsanleihen aufgenommen habe und mit diesen Anleihen verschwenderisch umgegangen sei. Man tadelt auch, daß es ohne Rücksicht auf den Vorrang der Reparationen diese privaten Auslandsschulden als guter Schuldner zurückzahlen will. Nachdem vor kurzem der Sachverständigenausschuß in Basel sich mit diesen Fragen beschäftigt hat, werden sich jetzt die beteiligten Regierungen in Lausanne vereinigen, um über das gleiche Problem zu beraten. Ich möchte die kurze Pause, die zwischen der Bekanntgabe des Berichtes der Sachverständigen und dem Zusammentritt der Regierungskommission liegt, dazu benutzen, unsere Gewerkschaftsfreunde im Auslande auf einige grundlegende Irrtümer über die Aufbringung und Bewertung der Reparationszahlungen hinzuweisen. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich auf die Reparationen als politische Ursache der Weltwirtschaftskrise, insbesondere aber der deutschen Wirtschaftskrise, in diesem Zusammenhang nicht eingehe.

Warum brauchte Deutschland Auslandsanleihen?

Auf Grund des Vertrages von Versailles mußte Deutschland eine Reihe von Bar- und Sachleistungen auf sich nehmen: Barzahlungen, Uebernahme von Besatzungskosten, Abtretung von Staatsigentum, Auslieferung von deutschem Privateigentum im Inlande und im Auslande usw. Dann kamen die Reparationszahlungen in Form von Bar- und Sachleistungen auf Grund des Dawes-Planes und später des Young-Planes. Während die Höhe der Reparationszahlungen, die durch die beiden Pläne festgelegt waren, kaum umstritten worden ist, gingen die Schätzungen über die früheren Leistungen aus dem Vertrag von Versailles weit auseinander. Die Reparationskommission bewertete die deutschen Leistungen bis Ende 1922 mit 7,9 Milliarden Goldmark, der bekannte englische Nationalökonom Prof. Keynes mit 20 bis 25 Milliarden, die Amerikaner Roulton und Mc. Guire mit 25,8 Milliarden, der jüngst verlebte deutsche Nationalökonom Prof. Brentano mit 41,5 Milliarden. Die Schätzungen weichen also erheblich voneinander ab. Von Ende 1922 bis zum Dawes-Plan betragen die deutschen Reparationszahlungen nach Berechnung der Reparationskommission 2,5 Milliarden, vom Dawes-Plan (1924) bis zum Hoover-Festjahr (1931) 14,6 Milliarden Reichsmark. Das ergibt zusammen seit dem Vertrag von Versailles die Summe von 25 Milliarden oder nach der höheren Schätzung von rund 58 Milliarden.

Die Bedeutung dieses Kapitalverlustes für die deutsche Wirtschaft ist nicht nur aus der Höhe der Leistungen zu erkennen. Man muß die Umstände hinzurechnen, unter denen die Leistungen erfolgten. Deutschland hatte durch den Vertrag von Versailles

wertvolle Gebiete verloren; die neuen Grenzen zerrissen vielfach die alten Handelsbeziehungen und zusammenhängende Produktionsseinheiten; diese Schäden mußten ausgeglichen werden. Deutschland war durch eine vierjährige Blockade von Lebensmitteln und Rohstoffen entblößt; die fehlenden Vorräte mußten beschafft werden, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Deutschland hatte Schiffe, Eisenbahnmateriale, Vieh, Maschinen usw. abgeben müssen; es war gezwungen, für Ersatz zu sorgen. Seine Produktionsmittel mußten erneuert werden. Da während des Krieges keine Wohnungen gebaut worden waren, herrschte Wohnungsmangel; er mußte behoben werden. Um diese dringlichen Aufgaben zu erfüllen und sein Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, brauchte Deutschland in der gleichen Zeit, in der ihm gewaltige Kapitalsummen entzogen wurden, namhafte Beträge. Der heimische Kapitalmarkt aber war ausgeblutet und konnte die notwendigen Summen nicht aufbringen. Somit war Deutschland gezwungen, die Kapitalmärkte des Auslandes zu beanspruchen.

Die Erholung der deutschen Wirtschaft lag auch im Interesse der Siegerstaaten. Denn nur eine kräftige deutsche Wirtschaft konnte die jährlichen Reparationslasten aufbringen. Darum haben die Siegerstaaten sich bisher niemals darüber beklagt, daß Deutschland Anleihen im Ausland aufnahm, obwohl ihre Vertreter bis zum Ablauf des Dawes-Planes (März 1930) im Verwaltungsrat der Reichsbank, also der Kreditzentrale Deutschlands, Sitz und Stimme hatten. Und mehr: bei der Annahme des Dawes-Planes erhielt Deutschland von den fremden Regierungen selbst eine Anleihe von 800 Millionen Mark, bei der Annahme des Young-Planes eine weitere Anleihe von 400 Millionen Mark. Um so weniger sollte man also Deutschland jetzt die Aufnahme von Auslandsanleihen vorwerfen.

Wem haben die Auslandsanleihen genützt?

Wir haben gesehen, daß Deutschland die abgelieferten 25 bis 58 Milliarden wenigstens notdürftig in seiner Wirtschaft ersehen mußte. Trotzdem betragen die Auslandsschulden, die ihm jetzt vorgeworfen werden, nicht einmal 25 Milliarden Mark, einschließlich der Rembourskredite usw., die nur der laufenden Warenfinanzierung dienen und daher eigentlich von dieser Summe abgezogen werden müßten. Auf jeden Fall bleiben die Auslandskredite selbst hinter jenen Beträgen zurück, die die Reparationskommission und ihre Nachfolger als deutsche Leistung verbucht haben.

Fragen wir nun zunächst sachverständige Beurteiler, auf welchem Wege Reparationen ohne Schädigung der Wirtschaft geleistet werden können? Das Dawes-Komitee, dem bemerkenswerterweise kein einziger Deutscher angehörte, äußert sich dazu wörtlich:

„Die Reparationsleistungen selbst werden durch einen Exportüberschuß finanziert und können nur so finanziert werden... In ihrer finanziellen Auswirkung unterscheiden sich die Sachlieferungen tatsächlich nicht von Barzahlungen. Anleiheoperationen können die Sachlage zwar verschleiern oder ihre praktischen Auswirkungen zeitlich hinauschieben, vermögen sie aber nicht zu ändern.“

Auf welche Weise hat nun Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt? Durch Ueberlässe seines Außenhandels oder durch Auslands-

anleihen? Diese Frage beantwortet eindeutig die Zahlungsbilanz. Für die Jahre 1924 ist eine Aufstellung wegen der Inflation freilich nicht möglich. So bleiben nur die letzten sieben Jahre, die sich ungefähr mit der Geltungsdauer von Dawes- und Young-Plan decken. Der Ueberflüssigkeit halber rechne ich die Aktiv- und Passivposten, die sich aufheben, gegeneinander auf und komme somit zu folgender vereinfachter, aber für unsere Zwecke genügenden Darstellung:

Zufluß und Verwendung von Devisen in Deutschland 1924 bis 1930 in Milliarden Mark.

| Verlust | Betrag | Verwendung | Betrag |
|--|--------|--|--------|
| Langfristige Auslandsanleihen | 8,2 | Passivsaldo der Warenhandels- und Dienstleistungsbilanzen | 3,1 |
| Kurzfristige Auslandsanleihen | 8,9 | Zinsen für Auslands-schulden | 2,7 |
| Ueber-schuß deutscher Effektenverkäufe über deutsche Käufe vom Ausland | 1,1 | Gold- u. Devisenabgang bei den Notenbanken Reparationen (Barzahlungen) | 2,1 |
| | | | 10,3 |

Ein Blick auf die rechte Seite der Tabelle zeigt uns, daß Deutschlands Außenhandel keinen Devisenüberschuß gebracht hat, sondern im Gegenteil einen Fehlbetrag von 3,1 Milliarden. Womit sind also die 10,3 Milliarden an baren Reparationsleistungen (ohne die Sachlieferungen!) bezahlt worden? Ein Blick auf die linke Seite der Tabelle belehrt uns: nur durch die Auslandsanleihen. Man soll also Deutschland nicht hinterdrein den Vorwurf machen, daß es die Reparationen durch die Aufnahme jener Auslandskredite gefährdete.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich eine Folgerung, die bei den kommenden Reparationsverhandlungen in Lausanne beachtet werden muß. Man sagt, daß die privaten Auslandsschulden kein Vorrecht vor Reparationen haben dürfen. Aber der Vorgang hat sich doch so abgepielt, daß die anfallenden Devisen der Auslandsanleihen zuerst den Siegerstaaten zugeflossen sind. Diese haben also die Priorität genossen.

Reparationszahlungen sind nicht mehr berechtigt

Vier Jahre Weltkrieg haben blühende Gegenden Frankreichs und Belgiens verwüstet. Das mehrfache Angebot der deutschen Gewerkschaften auf Bereitstellung deutschen Materials und deutscher Arbeitskräfte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ist leider abgelehnt worden. Ich will mich zu dieser Ablehnung nicht äußern. Ich genügt die Feststellung, daß in jenen Gebieten erfreulicherweise die Spuren des Krieges verjährt sind. Die Kosten der Wiederaufbauarbeit sind unleres Erachtens durch die von Deutschland abgelieferten Milliardenwerte bereits gedeckt; damit ist dem Recht auf Reparationen ohne Zweifel Genüge gesehehen.

Die Reparationskommission hat Deutschlands Leistungen anerkennen und buchen müssen. Der Reparationsagent hat viermal jährlich ordnungsgemäß bestätigt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen pünktlich und in vollem Umfang nachgekommen ist. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der letzte Nachfolger dieser Kontrollinstanzen, hat keine Beanstandungen erhoben. Deutschland hat also die Verträge voll erfüllt. Zurzeit ist es von seinen Verpflichtungen entbunden, nicht auf

eigenen Antrag, sondern infolge der Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Hat es die Reparationszahlungen später wieder aufzunehmen? Mir scheint im Gegenteil der Zeitpunkt zur endgültigen Liquidation der Reparationszahlungen gekommen.

Deutschland hat sich, wie wir gesehen haben, die Devisen zur Zahlung der Reparationen nicht auf dem Wege beschaffen gekonnt, den bereits der Dawes-Plan als den einzig richtigen bezeichnete: nämlich durch die Ueberschüsse seiner Handelsbilanz. Deutschland wird darauf hinweisen müssen, daß der Saldo seines Außenhandels im Durchschnitt von sieben Jahren passiv gewesen ist. Die Reparationsdevisen sind nur auf eine Weise erworben worden, die der Dawes-Plan als Verschleierung gebrandmarkt hat: nämlich auf dem Wege der Auslandsanleihen.

Deutschland muß aber auch darauf hinweisen, daß die Voraussetzungen des Young-Plans nicht erfüllt sind. Der Young-Plan war auf der Erwartung aufgebaut, daß die Weltwirtschaft aufblühen und damit Deutschlands Belastung von Jahr zu Jahr erleichtert werde. Diese Hoffnung ist nämlich zusammengebrochen und wird sich nach menschlichem Ermessen auch in absehbarer Zeit nicht erfüllen. Der Young-Plan beruhte insbesondere auf der Voraussetzung, daß Deutschland durch eine Vergrößerung seiner Ausfuhr die notwendigen Devisen zur Durchführung der Reparationszahlungen erwerben könne. Das Gegenteil ist eingetroffen. Durch gewollte oder ungewollte Währungsverschlechterungen, durch Devisenbewirtschaftung, durch erhebliche Zoll-erhöhungen, durch Einfuhrbeschränkungen und verbote aller Art haben die unmittelbaren und mittelbaren Reparationsgläubiger Deutschlands Ausfuhrmöglichkeiten aufs empfindlichste eingeschränkt. Alle diese Lasten stehen in schroffem Widerspruch zu dem Sinn des Vertrages. Deutschland hat keine Verpflichtungen erfüllt. Die deutsche Arbeiterschaft erwartet, daß die Siegerstaaten das gleiche tun werden. Die Welt leidet unter der Fortsetzung des Weltkrieges mit wirtschaftlichen Waffen. Das Elend ist entsetzlich groß. Gebt der Welt endlich den wahren Frieden.

Der Tiefstand der Automobilproduktion.

Die Produktions- und Ausführungsstatistik für Automobile in den Vereinigten Staaten und Kanada zeigt von einem ungeheuren Tiefstand der Produktion und der Ausfuhr. Im Monat Oktober v. J. wurden in den Vereinigten Staaten 80 000 Automobile, darunter 58 000 Personenwagen hergestellt. Ausgeführt wurden im September v. J. 8700 Wagen. Welche Schrumpfung das bedeutet, geht aus dem Vergleich mit früheren Perioden hervor. In der Hochkonjunktur von 1929 wurden in den Vereinigten Staaten im Monatsdurchschnitt 446 000 Automobile, darunter 382 000 Personenwagen hergestellt und noch im Krisenjahr 1930 280 000 bzw. 284 000. Noch härter war die Schrumpfung in Kanada, wo 1929 noch monatlich im Durchschnitt 22 000, 1930 13 000 Automobile produziert wurden. Im September 1931 sank die kanadische Produktion auf 6200 und im

Oktober auf 1400. Personenwagen wurden im Oktober nur 800 hergestellt. Die Zahl der ausgeführten Automobile ist sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Kanada anteilmäßig noch stärker gesunken als die Gesamtproduktion. Die Länder, die bisher amerikanische Automobile kaufen — es sind dies die Länder, die wirtschaftlich wenig erschlossen sind — haben keine Kaufkraft, um Automobile zu kaufen.

Zahlen des Elends.

Die stets gut informierte Demog-Zeitschrift „Wohnungs-Wirtschaft“ veröffentlicht in ihrer Nr. 1/2 1932 das Ergebnis einer Umfrage, die von einer freien Gewerkschaften nabefestehenden Bau-genossenschaft bei ihren Mitgliedern zur Ermittlung der Einkommensverhältnisse durchgeführt wurde.

Diese Zahlen sprechen eine lauchbare Sprache, daß sie den Stellen, die da glauben, die Verelendung der Arbeiterschaft immer noch weiter treiben zu können, nachdrücklich unter die Nase gehalten müssen. Wir geben die wichtigsten Ziffern der Umfrage hier wieder.

Von den Mitgliedern der Genossenschaft sind
 50 Proz. Volkbeschäftigte und Kurzarbeiter,
 14 „ Renteneinpfänger,
 13 „ Arbeitslose und Unterstützungsempfänger,
 23 „ ohne Einkommen bzw. Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.

Wie sieht das Familieneinkommen dieser „Volkbeschäftigten“ und „... empfangen“ aus?

Es haben ein monatliches Einkommen von
 bis 50 Mt. . . . 24,4 Proz. der Genossenschaftler
 51—75 „ . . . 16,4 „ „ „
 76—100 „ . . . 12,2 „ „ „
 101—150 „ . . . 22 „ „ „
 151—200 „ . . . 16 „ „ „
 201—300 „ . . . 4,5 „ „ „
 über 300 „ . . . 4,5 „ „ „

Gegenüber diesen Elendziffern sind alle Anstrengungen der gemeinnützigen Bauvereinigungen, die Mieten auf ein erträgliches Maß zu senken, zum Scheitern verurteilt. Die Monatsmieten betragen bei der in Rede stehenden Bau-genossenschaft zwischen 20 und 55 Mt. Vom Familieneinkommen (einschließlich Rente und Unterstützung) müssen allein für Miete ausgegeben werden:

bei 12,2 Proz. der Mitglieder . . . 30 Proz.
 „ 29,8 „ „ „ . . . 21—30 „
 „ 15,2 „ „ „ . . . 31—40 „
 „ 7,5 „ „ „ . . . 41—50 „
 „ 11,5 „ „ „ . . . 51—75 „
 „ 7,5 „ „ „ . . . 76—100 „

Rund 16 Proz. der Mitglieder können alles in allem nicht sozial zusammentragen, um den Mietbetrag auszufbringen. Wovon leben diese Menschen, wovon kleiden sie sich?

Beim städtischen Wohnungsamt der Ortschaft sind zur Zeit 394 Wohnungssuchende vorgemerk. Davon sind 145 ohne eigene Wohnung, 30 in geteiliger Wohnung, 48 in unzureichender, gesundheitsschädlicher Wohnung. Dilem Wohnungsetend gestellt sich die massenhafte Abwanderung aus den Neubau-

wohnungen hinzu 171 Neubaumieter bewerben sich um Wohnungstausch. Man muß in die Stums zurüd, um noch ein paar Mark für die Sättigung des Magens zu retten. Die Verordnung der Reichsregierung zur Durchführung der Mietentfengung hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Ganze 6,54 Proz. beträgt die Mietentfengung für die berichtende Baugenossenschaft. Wird der Beschluß des Preussischen Landtags vom 18. Dezember zum Schutz des Neubaubauschusses Hilfe bringen? Wenn nicht, müssen die geänderten Wohnungsunternehmen in kurzer Zeit zusammenbrechen. Die opfervolle Selbsthilfearbeit von Jahrzehnten wird nutzlos verian sein. Auf schnellstem Wege muß dem Erlischen des Preussischen Landtags an die Staatsregierung um Gewährung von Mietbeihilfen aus der Hausinsituier für die sozial bedrängten Inhaber von Neubauwohnungen Geltung verschafft werden.

Die Lebenshaltungskosten in den europäischen Großstädten.

Vor einiger Zeit ersuchte Henry Ford das Internationale Arbeitsamt, festzustellen, welche Löhne er den in seinen europäischen Betrieben beschäftigten Arbeitern zu zahlen habe, um diesen die gleiche Lebenshaltung zu sichern, wie den Fabrikarbeitern in seiner Fabrik von Detroit in den Vereinigten Staaten. Dazu war eine Erhebung über die Lebenshaltungskosten in 14 europäischen Städten in 12 Ländern erforderlich, in welchen Ford seine Betriebe hat. Die Lebenshaltungskosten eines Arbeiters in Detroit betrugen im Jahre 1929 1720 Dollar. Die Unterschiede der Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten mußten bei der Erhebung berücksichtigt werden. Die Ergebnisse der Untersuchung, deren Kosten Henry Ford trug, ergaben, daß unter den 14 Städten die teuerste Stadt Stockholm ist, wo die Lebenshaltungskosten noch höher sind als in Detroit. Die zweitkostspieligste Stadt für die Arbeiterfamilie ist Frankfurt a. M. Es folgen Berlin und Kopenhagen mit ungefähr denselben Lebenshaltungskosten für eine Arbeiterfamilie, dann Paris mit verhältnismäßig hohen Lebenshaltungskosten, weiter folgen der Reihe nach Cork in Irland, Helsingfors in Finnland, Marseille in Frankreich und Manchester in England. In die Gruppe mit verhältnismäßig niedrigen Lebenshaltungskosten gehören die Großstädte Rotterdam in Holland, Antwerpen in Belgien und Warschau in Polen. Am niedrigsten waren die Lebenshaltungskosten in Konstantinopel in der Türkei und in Barcelona in Spanien, was aber offenbar auf die Geldbewertung zurückzuführen ist, da die Lebenshaltungskosten in Goldpreisen gerechnet sind. Wir geben hier die nachfolgende Tabelle aus der Erhebung des Internationalen Arbeitsamtes wieder, wobei die Lebenshaltungskosten in Detroit gleich 100 gesetzt sind. Die Untergabien lauten:

| | | | |
|-------------------------|--------|-------------------|-------|
| Berlin | 83—90 | Antwerpen . . . | 61—65 |
| Frankfurt a. M. | 85—93 | Rotterdam . . . | 65—68 |
| Kopenhagen | 83—91 | Manchester . . . | 71—74 |
| Stockholm | 99—104 | Cork | 67 |
| Helsingfors | 83 | Warschau | 85 |
| Paris | 80—87 | Barcelona | 58 |
| Marseille | 75—81 | Konstantinopel . | 65 |

Recht! Freie Völker und in den Völkern freie Menschen! Und dieser ethische Gedanke der neuen Wirtschaft der Welt, wie die Arbeiterbewegung ihn in Jahrzehnten getragen hat, er wird die Epoche der Welt bedeuten, in der die Menschheit nicht immer wieder von Krisen erschüttert wird.

Durchdenke, was du tust!

„Die Schöpfung des Selbst durch sich selbst ist am so vollkommener, schreibt der große französische Philosoph H. Bergson, „je mehr man das durchdenkt, was man tut.“ Die Wahrheit dieses Wortes haben wir alle schon oft erlebt. Da gingen wir so oft irgendwo vorbei und entdeckten erst eines Tages zufällig eine Eigenart, eine Besonderheit, die wir sonst nie beachtet haben. Oder wir waren achlos gegenüber dieser oder jener Erscheinung des Lebens, bis wir erst eines Tages plötzlich erkannten, daß sie bezeichnend ist für die Welt, daß vielleicht eine große Ungerechtigkeit dahinter steckte, die wir vorher arglos gar nicht empfanden. Wie manches liegt da noch draußen um uns, das etwas bedeutet für uns, für unser geistiges und feilisches Wachsen: die Augen auf und mit sozialem Herzen allem gegenübersehen, was sich uns bietet!

So oft wird im Tun und Treiben heute unser tiefstes Ich noch nicht erfasst. Unsere Seele ist nicht ergriffen. Wir sehen und denken und handeln veräußerlicht, weil wir uns der ganzen Bedeutung dessen, was wir tun und treiben, noch nicht bewußt sind.

Das Selbst soll wachsen in die Tiefe hinein! In die Tiefe des Sozialen, des Menschlichen, des Lebenden. Durchdenke darum, was du treibst und siehst! Sei bei allem mit deinem ganzen Herzen! Und du wirst reifer und tiefer. Und aus deiner Tiefe und Reife heraus wirst du verstehend und liebend die Welt wandeln zum Bilde deiner Erkenntnis.

Die Krise vor 75 Jahren.

Es werden jetzt gerade 75 Jahre, daß die Welt zum ersten Male von einer ungeheuren kapitalistischen Krise erschüttert wurde, und wenn wir die Erscheinungen jener Krise mit denen von heute vergleichen, dann finden wir, daß diese Erscheinungen im Wesen die gleichen sind. Der Kapitalismus wird von einer innerlich immer gleichen Gesetzmäßigkeit getrieben, die es aufzudecken gilt. Und da sehen wir heute wie vor 75 Jahren, daß nur ein sozialer und internationaler Gedanke eine Ueberwindung dieser Erschütterungen der Welt bringen kann.

Wir würden diese interessantesten Vergleiche zwischen der Krise von heute und der vor 75 Jahren nicht so genau ziehen können, wenn nicht ein begabter Nationalökonom jener Zeit in einer Schrift diese Krise des Jahres 1857 beschrieben hätte, Dr. Albert Schäffle. Manche Stellen dieser Schrift lesen sich so, als seien sie von einem Volkswirtschaftler unserer Tage über die Krise von heute geschrieben.

Damals waren es genau wie heute die Schuldnerländer, in denen die Krise begann. Nur daß Amerika damals der Schuldner der Welt gewesen ist und nicht wie heute Europa. Aber auch damals war es wie heute: so, daß die Krise dann von den Schuldnerländern auch auf die Gläubigerländer überprang. Vor der Krise war kein Land gesichert, und die Stabilisierung der Wirtschaft hatte schon damals in einer internationalen Zusammenarbeit die Voraussetzung. Darum wurde auch damals wie heute Frankreich als das Land mit dem unbedeutendsten auswärtigen Handel am wenigsten von der Krise betroffen.

Was ferner damals wie heute als Krisenursache bezeichnet wurde, das ist die extreme Technisierung und Rationalisierung. Diese Technisierung legte damals zuerst in stärkerem Maße ein, und diese „Erzengnisse der mechanischen Technik“, wie

Schäffle sich ausdrückte, förderten jene Krise. So wie die einseitige Rationalisierung und Technisierung nur unter dem Gedanken des Profits, ohne Beachtung der sozialen Notwendigkeiten, auch heute zu der Weltarbeitslosigkeit beigetragen hat.

Damals wie heute also mangelhafter Ausbau des internationalen Gedankens. Damals wie heute einseitige kapitalistische Profitgestaltung der Welt. Und als ihre Folgen die Krisen. Der Menschheitsgedanke wie der soziale Gedanke, sie sind darum nicht Ideen von utopischen und weltfremden Moralisten. Diese Ideen gehören zum gefunden Ausbau auch der Wirtschaft der Welt. Sie sind das Fundament eines harmonischen Zusammenlebens der Menschen, das dann nicht immer und immer wieder von Krisen erschüttert werden wird.

Allerdings ging die Weltkrise damals schneller vorüber als heute. Nur einige Monate nach ihrem tiefsten Stande — und die Länder hatten sich aus der Krise herausgerungen. Und ein Wirtschaftsauffstieg trat ein, wie meist nach solchen Wirtschaftskrisen. Aber vorübergehend doch nur. Dann kamen neue Krisen. Und unsere Krise von einem Ausmaße, wie es die Welt noch nicht gesehen hat.

Und da tritt heute so besonders deutlich zutage, was sich schon damals gezeigt hat, daß nur eine internationale Verständigung den Boden für eine wahrhaft neue Epoche bedeutet und daß der soziale Gedanke, der bisher nur zu sehr außerhalb der Wirtschaft gestanden hat und von den schaffenden Menschen als Forderung vertreten wurde, daß dieser soziale Gedanke mehr ist als eine fittliche Forderung. Daß er die Voraussetzung für ein geistliches Leben der Völker bedeutet. Die soziale, ethische Gestaltung der Wirtschaft gehört zum Wesenselement einer gesunden Volks- und Weltwirtschaft. Und unsere Aufgabe ist es, durch die Wucht einer geschlossenen Walle diese Forderung heute mehr und mehr zu verwirklichen. Internationale Verständigung und soziales

Autarkie oder Planwirtschaft?

Wir sind Gegner der Autarkie und fordern die Planwirtschaft. Beide, Autarkie und Planwirtschaft, erfordern starke staatliche Eingriffe in die Wirtschaft...

Autarkie ist das Streben, das eigene Land „selbstgenügend“ (autark) zu machen, es vom Ausland, sowohl was den Waren- wie den Kapitalverkehr angeht...

für den ostdeutschen Großgrundbesitz auch noch die Grundrente für die ungarischen und rumänischen Grundherren erarbeiten? Soll der Ertrag der Solte nunmehr den Bankrott des ungarischen Großgrundbesitzes sanieren? So zeigt sich, daß Autarkie, ob mit oder ohne Erweiterung des Wirtschaftsgebietes...

Unter Planwirtschaft verstehen wir staatliche Eingriffe, die dem Sinne nach auf einer völlig anderen Ebene liegen wie die Autarkiebestrebungen. Die Selbststeuerung der kapitalistischen Wirtschaft hat verlagert. Eine Rückkehr zur freien Wirtschaft ist heute nicht möglich, auch nicht erwünscht...

Grundjahre, die auf verschiedenen Ebenen liegen. Ein und derselbe staatliche Eingriff kann freilich in dem einen Fall zur Förderung der Autarkie, in dem anderen zur Förderung von Planwirtschaftsbestrebungen ausgenutzt werden.

Ein vollständiges Außenhandelsmonopol des Staates kann ebenso Autarkiebestrebungen fördern wie der Planwirtschaft dienen. Im ersten Fall dient das Außenhandelsmonopol nur der Abperrung von der übrigen Welt, im zweiten Fall kann es neben all seinen planwirtschaftlichen Wirkungen die Tendenz haben, den Wirtschaftsverkehr mit der übrigen Welt aufrechtzuerhalten.

Vor allem ist es aber nötig, sich weniger um Worte zu kümmern, als um die Ablicht, die hinter den Worten steht. Der Autarkiegedanke wird in Deutschland von Gruppen vertreten, die auf kapitalistischem Boden stehen, die den Privatbesitz an Produktionsmitteln aufrechterhalten, die Unternehmerprofite erhöhen, die Löhne dagegen und die Sozialpolitik abbauen wollen. Würden sie ihre Autarkiepläne verwirklichen und Deutschland von der übrigen Welt absperrern, so müßte sich daraus als Folge der verhinderten internationalen Arbeitsteilung die Verringerung des Produktionsertrags — des Sozialprodukts — ergeben. Gleichzeitig würde aber das verringerte Volkseinkommen noch ungerechter und unsozialer wie heute verteilt. Die Arbeiter würden daher doppelt leiden. Die planwirtschaftlichen Eingriffe in die Wirtschaft werden dagegen in der entgegengekehrten Ablicht gefordert: sie streben eine richtige Lenkung der Produktivkräfte an, um das Sozialprodukt zu vergrößern, und wollen den Anteil der Arbeiterklasse an dem erhöhten Sozialprodukt auf Kosten des Profits erhöhen. So soll der Arbeiter an den Früchten der Planwirtschaft doppelt beteiligt sein. Würde die Autarkie von den Kreisen, die diesen Gedanken vertreten, durchgeführt, so würde die Krisengefahr nicht geschwächt, sondern erhöht, da die kapitalistischen Mißverhältnisse zwischen Produktion und Verbrauch im Inland bestehen bleiben, während die Möglichkeit der Entlastung des Arbeitsmarktes durch Wirkung des Auslandes ausfällt. Die Monopolherrschaft würde noch verschärft, da die einzige Bremse der Monopolwirtschaft, die Konkurrenz des Auslandes, in der autarken Wirtschaft ausgeschaltet ist. Ganz anders steht es um den planwirtschaftlichen Gedanken, der, wenn richtig durchgeführt, die Krisen zu erleichtern und die Monopolwirtschaft zu brechen vermag. Die Anhänger der Autarkiewirtschaft wollen das bestehende Wirtschaftssystem aufrechterhalten, ja, sie verweigern, während die sie für eine Planwirtschaft einsetzen, davon die allmähliche Beseitigung des Kapitalismus erwarten.

H. S.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am Schluß des 4. Quartals 1931.

Table with 14 columns: Gau, Ledermwaren-arbeiter, Tapezierer, Fahrzeugbau, Treibriemer, Sonstige Branchen, Zusammen, Insgesamt, Zahl der Beurlaubten, Es entfallen auf das Hundert. Rows include Ostgau, Nordgau, Mitteldeutscher Gau, Gau Sachsen, Gau Bayern, Süddeutscher Gau, Gau Rheinland-Westfalen, and a total row.

Mitgliederstand am Schluß des Jahres 1931:

Table showing membership status at the end of 1931 for various regions and categories.

Es waren Ende Dezember 1931 arbeitslos:

Table showing the number of unemployed persons at the end of December 1931 for various regions and categories.

Kurzarbeiter waren Ende Dezember 1931 vorhanden:

Table showing the number of part-time workers available at the end of December 1931 for various regions and categories.

Table with multiple columns showing percentages of workers in different categories (e.g., leather goods, tapestry, vehicle construction) who were unemployed or on short-time work at the end of December 1931.

Rechnet man die auf Vollarbeiter umgerechneten Kurzarbeiter zu den tatsächlichen Vollarbeitern hinzu, so beträgt am Schluß des Jahres 1931 der Anteil der Volkbeschäftigten 32,8 Proz. gegenüber 30,0 Proz. Ende September 1931, 44,2 Proz. am

Schluß des Jahres 1930 und 66,8 Proz. Ende 1929. Bei den einzelnen Branchen betragen die Prozent-sätze: Ledermwarenarbeiter 33,0, Tapezierer 32,8, Fahrzeugbau 22,3, Treibriemer 46,3 und „Sonstige Branchen“ 42,4.

Von den männlichen Verbandsmitgliedern — ohne die Beurlaubten — waren Ende des Jahres 1931 arbeitslos 63,9 Prozent, von den weiblichen 51,5 Prozent.

